

## MERK'S WIEN

VON THOMAS CHORHERR



## Und wieder tschüss für lecker Das Wort Würde ist aus der Mode

Das große Leserecho auf die letzte Kolumne zeigt offenbar, wo viele Menschen wirklich der Schuh drückt.

Hören wir auf mit der Weltpolitik! Auf der koreanischen Halbinsel Nordostasiens bahnt sich so etwas wie Versöhnung an – na und! Was ist das alles verglichen mit den Problemen, Fragen und Antworten, die ich in meiner letzten Kolumne aufgeworfen habe. Tschüss für lecker: Das ist es, was die Menschen – oder jedenfalls die Leser und die Leserinnen meiner Kolumne – vor allem zu interessieren scheint. Schluss, wirklich Schluss mit Wörtern oder Redewendungen, die nördlich der Rhein-Main-Grenze gebräuchlich sind, aber schon in Bayern und vor allem in Österreich kaum verwendet werden.

Selten noch habe ich zu einem „Presse“-Artikel so viele und fast nur zustimmende Briefe und Anrufe bekommen wie auf den erwähnten Kommentar, in dem ich mich über die immer häufiger verwendeten Wortgebilde geärgert habe, die ich und viele Gesinnungsgenossen und -genossinnen (zum Teufel mit der Genderisierung!) als „piefkinesisch“ bezeichne. Wir sind Österreicher und vor allem Wiener. Wir sprechen zwar Hochdeutsch, aber mit Wiener Akzent und bemühen uns, diese bodenständige Sprache auch weiterhin zu verwenden.

Deswegen darf ich meinen Ausführungen vom letzten Mal eine Fortsetzung hinzufügen. Dazu gehören Fragen, die zu weiteren führen und Antworten heischen, die wieder neue Fragen aufwerfen. Da ist einmal die Erkundigung nach der Ursache der Wiederholung von Behauptungen, die bei uns nicht so bestimmt und explizit formuliert werden. Warum sind die österreichischen Konsequenzen hochdeutscher Wortgebilde gelegentlich anders als Ähnliches im Norden?

Warum, zum Teufel, muss man „cool“ sagen, um ein zustimmendes Werturteil zu fällen? Warum muss man „geil“ sagen, um Lustvolles verbal zu markieren, wo doch dieses Wort anfangs etwas ganz anderes bedeutete? Warum ist etwas ein „Hammer“, wenn man es doch auch als „gut“ oder „überaus gut“ bezeichnen könnte?

Da aber sind wir bei einem nicht minder aktuellen Problem: bei Wörtern, die nur mehr selten verwendet werden, während sie zusammengesetzt mit anderen Eigenschaften durchaus gebräuchlich sind. Das Wort „Würde“ gehört dazu. Es ist fast außer Gebrauch gekommen. Wer ist „würdig“, wer ist voll der „Würde“, wer kann „Würde“ gleichsam strahlen lassen?

Gewiss, der Papst – sogar Franziskus, der nichts unversucht lässt, würdelos zu erscheinen, zum Unterschied von seinen Vorgängern – hat das Wort „Würde“ gleichsam usurpiert. Aber sonst? Man hat sich keine weltlichen Monarchien ohne eine Spur von Würde vorstellen können – bis sie plötzlich würdelos geworden sind. Ich kann mich an Zeitungsfotos von einem Besuch einer Gruppe österreichischer Jungpolitiker beim Oberhaupt eines Nachbarstaates erinnern, die fast alle krawattenlos erschienen waren und sich um keine Spur von Würde kümmerten.

Diesem Ausdruck ist dann auch ein zweiter an die Seite zu stellen: Ehrfurcht. Es gibt sie nicht mehr. Als zusammengesetztes Eigenschaftswort ist er noch im Gebrauch, aber keiner kann sagen wie lange noch. Allein, es zahlt sich nicht aus, darüber zu grübeln. Auch die Sprache modernisiert sich ständig. Sind wir froh, dass es die deutsche bleibt – mit österreichischem Akzent. Über kurz oder lang wird man ohnehin nur mehr englisch sprechen. Okay!

Der Autor war langjähriger Chefredakteur und Herausgeber der „Presse“.  
E-Mails an: [thomas.chorherr@diepresse.com](mailto:thomas.chorherr@diepresse.com)

ZUERST MÜSSEN SIE IHR EIGENHEIM AUFESSEN,  
DANN BEKOMMEN SIE RICHTIG VIEL MIETZINSBEIHILFE



VERMÖGENSBERATER

## Überleben im Zeitalter des Kapitalraubbaus

**Gastkommentar.** Von den Folgen der Kapitalerosion der vergangenen Jahrzehnte sind nicht alle Menschen in gleichem Maß betroffen.

VON RONALD-PETER STÖFERLE

Ist in der aktuellen politischen Debatte von „Kapital“ die Rede, wird dieser Begriff meist eindimensional verstanden: Ob es sich nun um die Kapitalanlage eines sparenden Bürgers, Kapitalreserven von Vorsorgekassen, das Startkapital eines Jungunternehmers oder die Kapitalgewinnsteuer auf Anlagen handelt – Kapital wird in all diesen Fällen mit Geld gleichgesetzt.

Doch Kapital ist nicht gleich Geld. Ersteres ist eine weitgehend irreversible Struktur, die sich aus heterogenen Elementen wie Gütern, Wissen, Menschen, Talenten und Erfahrungen zusammensetzt. Geld ist bloß jenes Hilfsmittel, das es uns ermöglicht, die unglaublich komplexe Kapitalstruktur einheitlich zu erfassen und mit ihr betriebswirtschaftlich zu kalkulieren. Geld dient als Grundlage für die wirtschaftliche Bewertung der verschiedenen Ausprägungen von Kapital.

In modernen Ökonomie-Lehrbüchern wird Kapital in der Regel durch den Buchstaben „K“ beschrieben. Dieser konzeptionelle Ansatz verleitet allerdings zu der irreführenden Annahme, dass Kapital eine homogene Größe sei, die leicht zu quantifizieren wäre.

### Umwege und Irrwege

Unter den verschiedenen ökonomischen Denkschulen ist es einzig die „Österreichische Schule der Ökonomie“, die die Heterogenität des Kapitals herausstreicht. Die „Österreicher“ haben zu Recht erkannt, dass Kapital nicht automatisch wächst oder wenigstens bestehen bleibt. Vielmehr muss Kapital aktiv geschaffen, bewirtschaftet und erhalten werden – durch Produktion, Sparen und sinnvolle Investitionen.

Im Produktionsprozess muss zwischen zwei Arten von Gütern unterschieden werden: zwischen Konsum- und Kapitalgütern. Konsumgüter werden für die unmittelbare Bedürfnisbefriedigung ver-

wendet (etwa Lebensmittel). Nahrung trägt direkt dazu bei, das menschliche Bedürfnis nach Stillung des Hungers zu befriedigen. Die Kapitalgüter stellen hingegen Zwischenschritte in der Produktion von Konsumgütern dar. Sie sind jene wirtschaftlichen Mittel, mit denen das Ziel der Bedürfnisbefriedigung mittelbar erreicht wird. Ein Backofen ist jenes Kapitalgut, das es dem Bäcker ermöglicht, für seine Kunden das Konsumgut Brot herzustellen.

Zur Steigerung der Produktivität und damit des materiellen Wohlstands ist Kapitalbildung unerlässlich. Die logische Voraussetzung dafür ist, dass der Konsum von Konsumgütern, also die unmittelbare Bedürfnisbefriedigung, vorübergehend eingeschränkt wird. Durch den Aufbau von Kapitalgütern verändert sich in weiterer Folge die Produktionsstruktur der Wirtschaft, sie wird verlängert und vertieft. Diese Eingliederung neuer Kapitalgüter erlaubt das Einschlagen von ertragreiche-

## PIZZICATO

### Die Best-of-Brauchtum-Parade

Endlich ist in der Hauptstadt wieder was los! Nachdem es lange vielen Lauten die Sprache verschlagen hat, zog am Samstag eine Demo unter dem Motto „Neujahrsempfang für die Regierung“ vom Westbahnhof los (*hm, die waren aber früh dran*) – doch nicht in Richtung des gelobten Westens, wie es normal wär, sondern in die Innenstadt. Fröhlich besorgt ging's durch die Mariahilfer Straße, die Begegnungszone der Zivilgesellschaft sein durfte, obwohl es für radikal linke Teilnehmer qualvoll war, durch die Höllenschlucht des Kapitalismus zu ziehen, aber egal: bei Smartphone, Laptop und Co. nimmt man das net so genau. Es endete am Heldenplatz, der nun, da richtige Helden dort Haltung zeigen, wohl weiter so heißen soll.

Mal schau'n, ob's auf der Ringstraße neben den gewohnten Verkehrsstörungen namens Demos und Lilalauneparades künftig neue plurikulturelle Bereicherungen gibt: etwa einen Sonnwendumzug, einen g'hörigen Krampuslauf oder die Best-of-Brauchtum-Parade mit Trachten, Maibaumkraxeln, Blasmusik, Peitschenknallen, Watschentanz, Zitherspiel, Kärntner Chören, Tiroler Schützen, Vorarlberger Käslabrollen, Axamer Wampelerreiten, Perchten, Glöcklern, Jodel-Slam und simuliertem Almabtrieb. Tibetische Langhornbläser, serbische Turbofolkcapellen, tanzende Derwische und Politikstudenten von der Uni dürfen auch mit – zweng der Inklusion. (wg)

Reaktionen an: [wolfgang.greber@diepresse.com](mailto:wolfgang.greber@diepresse.com)

## LESERPOST

**Leserbriefe bitte an:**  
Die Presse, Hainburger Straße 33,  
A-1030 Wien oder an  
[leserbriefe@diepresse.com](mailto:leserbriefe@diepresse.com)

### Viele positive Aspekte

„Hunde, Katzen sind Seelenröster, aber auch Umweltschädlinge“, von Gudula Walterskirchen, 8. 1. Offenbar haben Sie eine eher negative Haltung gegenüber Haustierhaltung. Leider gehen Sie daher wohl auch nicht auf die zahlreichen positiven sozialen, pädagogischen, emotionalen Aspekte privater Haustierhaltung ein (vielleicht bis auf die Überschrift).

Zum ökologischen Fußabdruck: Naja, für den Ressourcenverzehr des SUV an der Ecke kann man schon einige Kätzchen durchfüttern, und dass auch Tierhalter wie alle Menschen nicht immer ohne Fehl sind – geschenkt. Eher problematisch und von Ihnen als eher christlich-konservative

Autorin nicht erwartet, halte ich das Argument der „Unreinheit“ eines Teils der Tiere, welches ja zwar in einem bestimmten Teil der Welt vielleicht religiös motiviert ist, aber wohl dem christlichen Schöpfungsgedanken und erst recht einem aufgeklärten naturwissenschaftlichen Evolutionsgedanken widerspricht.

Mag. Burkhart Messer, 1150 Wien

### Die falsche Recherche richtig übersetzt

„... dann 169 Menschen abgeschlachtet“, „Quergeschrieben“ von Christian Ortner, 12. 1. Gastkommentator Ortner spricht also auch Französisch. Für sein „Quergeschrieben“ übersetzte er einen Artikel aus der französischen Wochenzeitung „L'Express“ ins Deutsche. Demnach, so Ortner, hätte die österreichische Caritas den Flug eines Attentäters bezahlt und ihm gemeinsam mit den österreichischen Behörden eine Ausreise in die Türkei finanziert. Für eine Recherche bei der Caritas blieb

neben der Übersetzung des Artikels offenbar keine Zeit. Das ist bedauerlich. Denn eine solche hätte ergeben, dass die freiwillige Rückkehrberatung zwar u. a. auch von der Caritas im Auftrag des Innenministeriums durchgeführt wird, dass es aus sinnvollen, nachvollziehbaren Gründen aber Aufgabe der Behörde ist, eine freiwillige Rückkehr zu prüfen, anschließend durch Bescheid zu bewilligen und zu bezahlen. D. h.: Wenn Ortner schreibt, dass die Caritas den Flug bezahlt hätte, dann ist das falsch.

Die jeweiligen Behörden des Bundes sind es auch, die auf dem Boden des Rechts prüfen, ob etwaige Anzeigen oder Verurteilungen einer freiwilligen Rückkehr im Wege stehen. In der Vergangenheit ist es bereits vorgekommen, dass Rückführungen aus genannten Gründen nicht durchgeführt werden konnten.

Im konkreten Fall dürfte offenbar jemand entkommen sein, nach dem zu diesem Zeitpunkt international noch nicht gefahndet wurde. An der gründlichen Prü-

ren Produktionsumwegen. Kapitalaufbau ist also stets der Versuch, über Produktionsumwege längerfristig Mehrerträge zu generieren.

Diese höheren Erträge sind jedoch keinesfalls garantiert, da sich Umwege auch als Irrwege herausstellen können. Letztlich werden nur solche Umwege beibehalten, die die gewünschte Mehrgewinnigkeit mit sich bringen.

Deshalb darf davon ausgegangen werden, dass kapitalintensive Produktionsstrukturen eine höhere Ergiebigkeit aufweisen als weniger kapitalintensive. Je wohlhabender der Wirtschaftsstandort, desto kapitalintensiver ist auch dessen Wirtschaftsstruktur.

Die Tatsache, dass wir heute einen so hohen Lebensstandard genießen können, ist das Ergebnis jahrzehntelanger oder gar jahrhundertelanger kultureller und wirtschaftlicher Kapitalakkumulation unserer Vorfahren.

#### Abkehr vom Goldanker

Ist ein Kapitalstock einmal aufgebaut, ist er nicht für die Ewigkeit bestimmt. Kapital ist vergänglich. Es verschleißt sich oder veraltet. Vorhandenes Kapital erfordert daher fortwährende Reinvestitionen, die in der Regel direkt aus dem Kapitalertrag getätigt werden können. Werden solche Reinvestitionen vernachlässigt, weil beispielsweise der gesamte Ertrag oder mehr konsumiert wird, führt dies zu Kapitalverzehr.

Nicht nur unser verkürztes Verständnis von Kapital führt zu dessen unbewusstem Konsum. Der jetzige Kapitalkonsum ist auch systemisch bedingt. Ein maßgebliches Ereignis war die 1971 vorgenommene Loslösung unseres Geldes vom Goldanker. Dieser zweifelhafte politische Akt ließ uns die seither andauernde Ära des Papiergeldes betreten.

Rückblickend lässt sich sagen, dass die Abkehr vom Gold eine währungsgeschichtliche Zäsur darstellte und ein monetäres Experiment einläutete. So hat diese Abtrennung eine noch nie dagewesene Instabilität der Zinssätze zur Folge gehabt. Während die Zinsen

#### DER AUTOR



**Mag. Ronald-Peter Stöferle** (\* 1980 in Wien) studierte Betriebswirtschaftslehre und Finanzwirtschaft an der Wirtschaftsuniversität Wien sowie in den USA. Derzeit Fondsmanager und Partner der Incrementum AG in Liechtenstein. Mitautor des Buches „Österreichische Schule für Anleger – Austrian Investing zwischen Inflation und Deflation“. [Privat]

– solange Geld noch an Gold gebunden war – relativ wenig volatil waren, stiegen sie nach 1971 dramatisch an und erreichten 1981 einen Höchststand von 16 Prozent (zehnjährige-US-Staatsanleihe), bevor sie einen Sturzflug einleiteten, der bis heute andauert.

#### Sinkende Renditekaufkraft

Ein Beleg für die Kapitalerosion ist der Rückgang der sogenannten „Yield Purchasing Power“ – auf Deutsch: „Renditekaufkraft“. Diese besagt, wie viele Güter das Einkommen – oder genauer der Zinsertrag – der Ersparnisse kauft. Aufgrund der fallenden Renditekaufkraft ist die Möglichkeit, Zinserträge aus Sparguthaben zu generieren, drastisch gesunken. Sobald Null- oder Negativzinsen erreicht sind – was gegenwärtig der Fall ist – reicht die Rendite des angesparten Kapitals oft nicht mehr aus, um davon leben, geschweige denn einen angemessenen Lebensstandard finanzieren zu können.

Folglich muss zur Stabilisierung des Einkommensniveaus das angesparte Kapital aufgebraucht werden – so wie wenn der Bauer mit seinem Saatgut nicht mehr die Felder bestellt, sondern es selber essen muss.

Es steht außer Frage, dass heutzutage ein Kapitalraubbau stattfindet. Doch sind nicht alle Menschen in gleichem Maß davon betroffen. So wirkt sich die Zinspolitik oftmals negativ auf das Wirken der Unternehmer aus.

Investitionen, insbesondere kapitalintensive, erscheinen aufgrund der durch die Zentralbankeninterventionen künstlich gedrückten Zinsen lukrativer, als es eigentlich sind, Gewinne der Unternehmer erscheinen höher und die Reserven niedriger. Diese und andere inflationsbedingte Verzerrungen begünstigen den letztlich wohlstandsmindernden Konsum des Kapitalstocks.

#### Unangenehmes Erwachen

Zwei Faktoren haben die Folgen des Kapitalverzehr in den vergangenen Jahrzehnten deutlich gemildert; der technologische Fortschritt und die stark zunehmende wirtschaftliche Verflechtung mit Osteuropa und Asien bedingt durch den Zusammenbruch des Kommunismus. Gleichzeitig schafft es der umverteilende Wohlfahrtsstaat, die Auswirkungen des Kapitalverbrauchs in gewissem Maß zu kaschieren. Es bleibt abzuwarten, wie lange das noch so weitergehen kann.

Doch ist der Kapitalstock erst einmal aufgebraucht, wird das Erwachen wohl unangenehm sein.

E-Mails an: [debate@diepresse.com](mailto:debate@diepresse.com)

## QUERGESCHRIEBEN

VON GUDULA WALTERSKIRCHEN



# „Schneeflocken“ und das Erzeugen von Menschen auf Vorrat

Vor 40 Jahren wurde das erste Retortenbaby weltweit geboren. Seither wird herumexperimentiert. Gesundheitliche und ethische Fragen bleiben im Dunkeln.

Louise Joy Brown kam 1978 in Großbritannien per Kaiserschnitt zur Welt. Sie war der erste Mensch, der durch künstliche Befruchtung gezeugt und lebensfähig geboren wurde. Nun ist der Kinderwunsch ein schönes und berechtigtes Bedürfnis, diese Methode gab und gibt vielen Paaren Hoffnung auf ein eigenes Kind. Doch schon damals waren die Reaktionen gespalten: Was die einen als großartigen Fortschritt bejubelten, empfanden andere als problematisch.

Bald entflammte eine Debatte über Ethik und Grenzen des medizinischen Fortschritts. So titelte das Hamburger Magazin „Spiegel“ im April 1992: „Baby-Fabriken – Die Qualen der Retorten-Zeugung“. Die Autoren wiesen darauf hin, dass die Pein der Frauen groß, die Ausbeute aber vergleichsweise mager sei: „Tägliche Hormonspritzen, Blutentnahmen, die Punktionen der Eierstöcke, die Übertragung der befruchteten Eier [...], ein stressbelasteter Vorgang, der meistens mit der Abbruchblutung endet.“

Die In-vitro-Fertilisation (IVF) wurde damals als letzte Möglichkeit betrachtet. Heute gilt sie als alltägliches Instrumentarium und die Reproduktionsmedizin ist ein riesiges Business. In zentralen Fragen sind wir jedoch nicht viel weiter gekommen. Noch immer wissen Reproduktionsmediziner nicht, welche gesundheitlichen Folgen die massiven Hormonbehandlungen im Detail haben, oft werden Frauen nicht über die Risiken aufgeklärt. Auch das Gesundheitsrisiko für das Baby ist beträchtlich, etwa durch das Schwimmen der Embryonen in einem Chemiecocktail, dessen jeweilige Zusammensetzung und Auswirkungen unbekannt sind. Eindeutig ist das signifikant höhere Risiko einer Frühgeburt bei IVF-Babys, mit allen Beeinträchtigungen und einem enormen Aufwand an medizinischer Betreuung.

Kürzlich wurden in Österreich erstmals Daten über IVF, Eizellen- und Spermenspende und die Selektion von Embryonen nach der Präimplantationsdiagnostik, also der gezielten Suche nach „Schäden“, veröffentlicht. Die Fortpflan-

zungsmediziner wurden durch ein entsprechendes Gesetz vor zwei Jahren verpflichtet, ihre Daten weiterzuleiten. In wichtigen Punkten halten sich die Institute, die mit der IVF viel Geld verdienen, aber weiter bedeckt: So kann man aus den Daten nicht erkennen, wie oft die künstliche Befruchtung zum Erfolg führte, wie viele Früh- und Totgeburten es gab und nach welchen Krankheiten Embryos „aussortiert“ wurden. Nach 40 Jahren IVF wissen Öffentlichkeit und Politik nicht, in welcher Relation bei der IVF das gesundheitliche Risiko für Mutter und Kind und die erfolgten Geburten stehen.

Auch die ethische Debatte wird kaum geführt. Viele sind daran interessiert,

dass Risiken und ethische Fragen weiter im Dunkeln bleiben. Mittlerweile gibt es 30.000 tiefgefrorene Embryonen, verklauusiert „Schneeflocken“ genannt, allein in Österreich. Hier wurde ein riesiger „menschlicher Vorrat“ angelegt. Das ist gegen die Würde des Menschen und wirft gewaltige ethische Fragen auf.

Die derzeitige Gesetzeslage verpflichtet die Institute, die Embryonen nach zehn Jahren zu vernichten. In Deutschland wird derzeit debattiert, sie statt dessen für die Forschung freizugeben, damit deren Existenz „einen Sinn“ habe.

Es gibt zwar eine Bioethikkommission, doch die hat sich bisher nicht als kritische Kontrollinstanz erwiesen. Sie ist eher ein Feigenblatt für die jeweilige Bundesregierung, denn ihre Mitglieder werden allein vom Bundeskanzler bestellt. Außerdem ist es fraglich, dass eine derartige Kommission einfach abstimmt und dann „Empfehlungen“ abgibt, die dann von der Regierung übernommen werden.

Das verunglückte Fortpflanzungsmedizinengesetz, das etwa die Eizellspende erlaubte, zeigt, dass in diesem Bereich großer Diskussions- und Reformbedarf besteht. Allerdings braucht es Mut bei den politisch Verantwortlichen, derart heikle ethische Fragen offensiv anzugehen.

E-Mails an: [debate@diepresse.com](mailto:debate@diepresse.com)

**Zur Autorin:**  
Dr. Gudula Walterskirchen ist Historikerin und Publizistin. Autorin zahlreicher Bücher mit historischem Schwerpunkt. Seit 2017 Herausgeberin der „Niederösterreichischen Nachrichten“ und der „Burgenländischen Volkszeitung“.

**Morgen in Kurt Kotschals Kolumne:**  
Die einzige Chance, die Zerstörung von Natur zumindest zu verlangsamen, liegt in einem respektvollen Dialog zwischen Landwirtschaft, Jagd und Naturschutz.

fung durch die Behörden zu zweifeln, haben wir keinen Anlass.

Wären wir von Ortner befragt worden, wäre es uns auch wichtig gewesen, festzuhalten, dass die Caritas so wie auch das Innenministerium immer wieder die Wichtigkeit des Instruments der freiwilligen Rückkehr ins Treffen geführt hat. Denn grundsätzlich soll sie jenen Menschen, die keine Aussicht auf Asyl haben, eine selbstbestimmte Rückkehr in ihr Heimatland ermöglichen.

Klar ist: Nicht jeder, der Asyl beantragt, kann auch Asyl erhalten. Eine freiwillige Rückkehr ist meist nicht nur für die Betroffenen besser, sondern auch aus Sicht der Behörden sinnvoll, weil in den konkreten Fällen keine weiteren Verfahrensschritte durchgeführt werden müssen. Die Caritas hält in diesem Zusammenhang einmal mehr fest, dass sie jedwede Form der Gewalt verurteilt. Das galt in der Vergangenheit, es gilt heute und auch für die Zukunft.

**Martin Gantner**, Pressesprecher Caritas Erzdiözese Wien

## Warum aber soll es gerade Österreich sein ...

„Eine Gesellschaft im Laufschrift gegen die Wand“, *Gastkommentar von Rami Ali, 12. 1.*

Unsere Gesellschaft läuft gemäß Rami Ali gegen die Wand. Hauptschuld trage der „salonfähig gewordene Rassismus in der Mehrheitsgesellschaft“. Kein Wunder also, dass sich der brave, grundsätzlich integrationswillige österreichische Muslim in seine eigene Gemeinschaft zurückzieht und mit Kopftüchern und türkischen oder anderen Heimatfahnen von diesen vorurteilsbehafteten Ungläubigen distanziert. Was Rami Alis Arbeit natürlich erschwert.

Es soll ja nicht geleugnet werden, dass es vor allem die pseudodemokratischen, vom Machtwillen gesteuerten westlichen Eingriffe im Nahen Osten waren, welche die Region in ein Schlachtfeld verwandelten und die Radikalisierung entscheidend förderten.

Warum aber gerade Österreich der Platz sein soll, wo man mus-

limischen Frustrationen und Ansprüchen weit mehr Spielraum einräumen soll als allen anderen kaum unter Rassismus leidenden Gemeinschaften, die Österreich dankbar als sozial großzügiges Gastland rezipieren, erschließt sich nicht nur mir nicht mehr.

**Dr. Hans Christian Egger**, 2500 Baden

## Maßnahmen des AMS sind zu evaluieren

„Regierungspläne treffen Ältere“, von Christian Höller, 10. 1. Seit Bekanntwerden des Regierungsplans, das reformbedürftige Arbeitslosenversicherungsgesetz (ALVG) zu ändern, herrscht Aufregung. Wiewohl die detaillierten Änderungen des ALVG noch gar nicht ausverhandelt sind, geistert schon das Wort „Hartz IV“ herum.

Geplant ist offensichtlich von der Regierung, dass künftig für Höhe und Dauer der Leistung der Arbeitslosenversicherung die vorangegangene Dauer und Höhe der Einzahlungen berücksichtigt wird; die Kritik daran ist unver-

ständig, gilt doch ein solches System für die überwiegende Anzahl aller Versicherungen.

Das derzeit unterschiedliche System der Absicherung durch Notstandshilfe bzw. bedarfsorientierte Mindestsicherung (BMS) ist nicht argumentierbar: In beiden Fällen soll eine Notlage der Betroffenen abgesichert werden; sind Notlagen so unterschiedlich definierbar, dass in einem Fall pro Person bis zu 1400 Euro Notstandshilfe erforderlich sind und ein allenfalls hohes Privatvermögen nicht angetastet wird, im anderen Fall unter Heranziehung eines meist nicht vorhandenen Vermögens bis maximal 840 Euro pro Monat Unterstützung genügen?

Zu Recht darf auch hinterfragt werden, warum der Bezug von bis zu 1400 Euro Notstandshilfe bis zur Pensionierung gewährt werden kann, unabhängig davon, ob davor fünf oder 45 Arbeitsjahre geleistet wurden. Die Finanzierung all dessen erfolgt auf Kosten der Beiträge aller Beschäftigten. Unverständlich auch manche Schu-

lungsmaßnahmen des AMS: Warum werden z. B. in Kärnten für den Beruf geeignete Kellnerinnen auf Bürokratie umgeschult, wo doch weitaus mehr offene Stellen im Tourismus zur Verfügung stehen? Für diese Stellen müssen dann Ausländer geholt werden. Auch hier besteht Bedarf, die Maßnahmen des AMS zu evaluieren.

Der neuen Regierung ist viel Mut für die notwendigen Reformen zu wünschen.

**Dkfm. Wolfgang Zak**, 9181 Feistritz

#### IMPRESSUM: DEBATTE

**Leitung:** Burkhard Bischof

**E-Mail:** [debate@diepresse.com](mailto:debate@diepresse.com)

**Redaktion Leserbriefe:**

Henriette Adrigan, Ursula Mayer

**E-Mail:** [leserbriefe@diepresse.com](mailto:leserbriefe@diepresse.com)

**Debatte im Internet:**

DiePresse.com/debatte

**Hinweis:** Die abgedruckten Leserbriefe müssen nicht der Meinung der „Presse“ entsprechen. Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe zu kürzen. Je kürzer die Zeitschrift, desto höher die Chance auf Veröffentlichung.